

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Abonnementpreise: Durch unsere Seiten frei im Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsverkäufer und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften Politische oder deren Raum für Anzeigen aus dem Gebiet Schwarzenberg 50 Pf., sonstigen Anzeigen 40 Pf., Kleinanzeigen 20 Pf. Bei größeren Abstellungen aufserordentliches Rabatt. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. Zur Zeit im Gas kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 74.

Donnerstag, den 31. März 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Nachrichten aus den Aufstandsgebieten lauten auch heute günstig: Die Generalstreikparole ist so gut wie verbufft. Gestärkt wurde, daß sämtliche bekannten deutschen Kommunistenführer an dem Aufruhr in Mitteldeutschland beteiligt sind.

Erzlarer Karl ist auf eigene Faust in Ungarn eingetroffen, um die Habsburgische Monarchie wieder aufzurichten.

Die amerikanische Regierung hat eine Note an alle Mächte gerichtet, in der sie ihren Anspruch auf alle aus der Teilnahme am Weltkrieg hervorgehenden Rechte aufrecht erhält.

Quartalswechsel.

Was sich am Ende des alten Jahres und zu Beginn des neuen ereignete, wird sich auch jetzt zum Ende des ersten Quartals wiederholen. Die ohnehin bekannte diplomatische Situation zwischen Deutschland und den alliierten Mächten wird eine neue Verschärfung erfahren. Wieder einmal ist Koffer der Vorkämpfer der interalliierten Kontrollkommission, aufgetaucht, und hat eine militärische Schuldenrechnung vorgelegt. Die deutsche Regierung hat ihrerseits gegen die ungeräten Forderungen Einspruch erhoben. Da aber Beteiligungen nicht ausgeschlossen sind, ist es notwendig, daß man sich mit dem Hauptposten der Rechnung näher beschäftigt. Es handelt sich einmal um Ersatzteile zur Bewaffnung und Ausrüstung des Hunderttausend-Mann-Heeres. Hier sollen wir im Besitz von Ersatzteilen sein, die über das erlaubte Maß hinausgehen, und die einen Wert von einer Milliarde Mark darstellen sollen. Gerade dieses Beispiel von den Ersatzteilen ist ein Schulbeispiel für den Geist der Schikane, mit dem der Friedensvertrag ausgelegt wird. Die Reichswehr ist mit Waffen ausgestattet, die im Friedensvertrage festgesetzt sind, und was die Ersatzteile anbetrifft so ist von der Reichsregierung der Vorschlag gemacht worden, ein Lager von Ersatzteilen in Koblenz, also unter den Augen der alliierten Mächte, einzurichten. Aus diesem Lager sollen dann die Bestände, die ergänzt und erneuert werden müssen, ergänzt und erneuert werden. Eine endgültige Antwort der Entente auf diesen Vorschlag ist noch nicht eingetroffen. Nach den bisherigen Entscheidungen soll aber so verfahren werden daß erst einmal alle vorhandenen Ersatzteile zerstört und danach wieder neu hergestellt werden. Daß das natürlich nur unnütze Kosten verursachen würde, Kosten, die letzten Endes auf das Verlustkonto für die Reparation gesetzt werden müssen, daran denkt die Entente anscheinend nicht. Sie sieht überall nur militärische Momente, wo auch da, wo nur wirtschaftliche Gesichtspunkte in Frage kommen. Welt ernstlich aber ist die Frage der Dispositionen. Die Entente hat von neuem verlangt, daß die Geschäfte der Bestellungen Koblenz, Kistrin, Böhm und Böhm zerstört werden sollen, obgleich eine solche Zerstörung ganz offenbar gegen den Friedensvertrag, insbesondere gegen die Artikel 187 und 180 Abs. 4 verstoßt ist, in denen ausdrücklich die Rede davon ist, daß das Bestellsystem im Osten in seinem bisherigen Zustande belassen bleiben soll. Die Lage an der Ostgrenze ist nach wie vor äußerst bedrohlich, und die deutsche Regierung hat durch ihre Außenvertreter mehrfach auf den ganzen Ernst dieser Lage aufmerksam gemacht. Sie hat in der Entlastungsfrage überall da nachgegeben, wo sie glaubte nachgeben zu müssen, weil sie es wegen der Entlastungen nicht zu einem Konflikt kommen lassen wollte. Hier aber handelt es sich um eine Lebensfrage, und hier ist ein Nachgeben unmöglich.

Entspannung der Lage in den Aufruhrgebieten.

Verzagen der Generalstreikparole.
In den Aufruhrgebieten ist allenthalben eine Entspannung eingetreten. Das gilt sowohl von der Provinz Sachsen wie von Rheinland-Westfalen. Aus Schlesien liegen keinerlei beruhigende Nachrichten vor. Andeutungen über Differenzen der Reichsregierung und der preussischen Regierung wegen eines Einjegens der Reichswehr werden von zuständigen Stellen für falsch erklärt. Wohl sind in Bitterfeld zwei Bataillone Reichswehr eingetroffen. Auch Sangerhausen hat Reichswehr. Sie ist aber bisher nirgends in Aktion getreten. Auch bei Besetzung der Leuna-Werke hat sie nicht mitgewirkt. Die Generalstreikparole ist fast überall verpufft.

Das Stabsquartier der Roten Armee ausgehoben.
Die Polizei in Halle traf in der Nacht zum Mittwoch zwei Kommunisten in einer dortigen Wohnung, und zwar den berühmten Schneidewindt und einen gewissen Hartfeld, bei der Arbeit an. Als die Polizei einbrang, sprangen beide durch das Fenster in den Hof und versuchten, sich die nachdringenden Verfolger durch Schüsse fernzuhalten. Ein Beamter der Schutzpolizei stredte darauf den Schneidewindt durch einen Pistolenschuß nieder. Er war auf der Stelle tot. Der andere, der weitergeflüchtet wurde, wurde gleichfalls durch Schüsse getötet. Die Durchsuchung der Räume ergab, daß man

eine überaus wichtige Entdeckung gemacht hatte. In dem Hause befand sich tatsächlich das Stabsquartier der Roten Armee für Mitteldeutschland. Man fand eine große Menge besten Kartenmaterials, genaue Einzelzeichnungen der Bahnhöfen, wichtiger Fabriken usw. Man fand Pläne über die Aufstellung der Roten Armee, ihre Gliederung in Unterabteilungen und Bezirke. Man beschlagnahmte weiter genaue Anweisungen über die Orte, in denen Dynamit lagert. Die Polizei nahm auf Grund dieser Aufzeichnungen in Halle zahlreiche Verhaftungen vor. Auch die Anweisung zur Verhaftung von Personen in anderen Städten ist erfolgt.

Geyer kündigt in Moskau die deutsche Diktatur an.
In seiner in deutscher Sprache gehaltenen Begrüßungsrede auf dem 10. Kommunistischen Parteikonferenz in Moskau hat der Delegierte des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, Geyer, u. a. erklärt, daß die gegenwärtig etwa eine halbe Million zählende kommunistische Arbeiterschaft Deutschlands an die Diktatur des Proletariats nicht mehr wie an ein fernes Ziel denke, sondern als an die nächste aktuelle Aufgabe der Partei. Geyer wies darauf hin, daß die Bedeutung der deutschen kommunistischen Partei darauf beruhe, daß sie sich in dieser Frage mit dem russischen Proletariat solidarisch fühle. Der Augenblick werde bald eintreten, wo die deutschen Arbeiter für das, was sie von den russischen Genossen empfangen hätten, sich nicht nur mit Resolutionen sondern durch revolutionäre Handlungen an die Seite mit dem russischen Volk verbänden würden. Die innere Lage Deutschlands spiege sich immer mehr zu, und der Augenblick des entscheidenden Zusammenstoßes liege nahe bevor.

Besserung der Lage in Sachsen.

Nur in Heidenau neue Putschversuche.
Nachdem die Kommunisten am Dienstag in Heidenau die Belegschaften der dortigen Industrie- und Bergwerke zum Verlassen der Betriebe aufgefordert haben, ist nunmehr im ganzen Industriebezirk Pirna-Heidenau die Stilllegung der Fabrikbetriebe zwangsweise erfolgt. Die Kommunisten haben zusammen mit den Syndikatskassen einen Aktionsausschuß eingesetzt, der den Generalstreik proklamiert und die Arbeiterherrschaft ausgerufen hat. Am Dienstagabend hatten die Kommunisten das Postamt in Heidenau besetzt, waren aber am Mittwoch früh abgezogen, als die grüne Landespolizei erschien, die alle öffentlichen Gebäude in Heidenau stark besetzt hat. In Dresden herrscht noch Ruhe. Das rasche und entscheidende Eingreifen der Dresdener Polizei gegen die Führer der Dresdener Kommunisten hat gewirkt und bei den Anhängern der verhafteten Kommunisten starke Ernüchterung hervorgerufen. In Dresden hält man die Gefahr für abgeklungen.

Ministerpräsident Bud über die Lage in Sachsen.
Der sächsische Ministerpräsident Bud und der sächsische Minister des Innern Lipinski wurden von einem Vertreter der Schweizerischen Depeschenaagentur über die Lage in Sachsen befragt. Ministerpräsident Bud erklärte, in Sachsen sei außer den bekannten verbrecherischen Akten eine Massenbewegung nicht vorhanden. Er hoffe auch weiterhin auf die Aufrechterhaltung der Ordnung. Der Minister des Innern Lipinski erklärte, daß es in Sachsen im allgemeinen ruhig sei. Die Bewegung in Deutschland dürste in einigen Tagen überwunden sein.

Ruhe in Leipzig.
Am gestrigen Mittwoch war in Leipzig alles ruhig. Die Kommunisten hielten, von niemandem beachtet, im Volkshaufe eine öffentliche Versammlung ab, die von etwa 700 Personen besucht war und nach 2 1/2 stündigen Beratungen ohne irgendwelche Demonstrationen ausklingend. Die Redner erklärten, daß mit den Verurteilungen, die Arbeitermilitanten aus den Betrieben herauszuholen, fortzuführen werden soll. Wenn nötig, müsse Gewalt angewendet und zu den äußersten Mitteln gegriffen werden. Am Dienstag hieß es hier, daß die Verurteilung der Kommunisten nicht beständig. In einem Fahrradbauwerk in Leipzig-Mölkern haben Arbeiter verhaftet, mit von Holz unterführten Requirierscheinen Fahrräder zu erlangen. In der Buchdruckerei der kommunistischen Ungeheuer, Produktivgenossenschaft, wurden, nachdem festgestellt worden war, daß in der Nacht zum 29. März ein Flugblatt hochverräterischen Inhalts gedruckt werden sollte, um die Herstellung weiterer solcher Flugblätter zu unterbinden, die Druckmaschinen durch Wegnahme wesentlicher Maschinenteile außer Betrieb gesetzt.

Keine Streiklast in Chemnitz.
In Chemnitz ist von einem Generalstreik keine Rede. Es fanden Abstimmungen statt, die durchweg auf Verneinung des Streiks lauteten. Vor allem erklärten sich in den städtischen technischen Betrieben, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, nur einige wenige Stimmen für den Streik. In den Wanderverwerken ließ es die Arbeiterschaft gar nicht zur Streikabstimmung kommen. — Eine kommunistische Kundgebung auf dem Königsplatz fand nur geringen Zulauf.

Abflauen auch in Buzau-Delmitz.
Über den Streik im Buzau-Delmitz-Bezirk ist von ausländischer Stelle mitgeteilt, daß der Streik bereits im Abflauen begriffen ist. In Buzau und Gerzdorf wird auf allen Betrieben gearbeitet, nur auf einzelnen Betrieben des Buzau-Delmitz-Bezirks, auf den Betriebsplätzen, Schächten und dem Hedwig-Schacht fehlen noch die Hälfte der Arbeiter, meist Jugendliche. Es wird auch auf diesen Betrieben gearbeitet. Im ganzen Bezirk fanden am Dienstag Streikversammlungen statt, in denen kommunistische Arbeiter die Bewaffnung der Arbeiter, Eintritt in den Kampf gegen die Bourgeoisie und den Kapitalismus und gegen die jetzige Regierung predigten. In Delmitz fand nach einer solchen Versammlung ein Demonstrationzug statt, an dem sich gegen tausend Personen beteiligten. Die kommunistischen Arbeiter des ganzen Bezirks sind kräftig am Werke, den Streik weiter auszudehnen. So marschierte gestern früh in Hohenstein-Ernstthal die im Streik stehende radikale Arbeiterschaft der Schmidt'schen Strickmaschinenfabrik nach der Schubert u. Salzer'schen Fabrik, um die Belegschaft zum Streik zu zwingen. Die Fabrikanten erwidern hierbei jedoch eine derbe Abfuhr.

Die Attentäter von Freiberg und Dresden verhaftet.
Unter den in Mähren verhafteten Kommunisten befinden sich fünf, die dringend verdächtig sind, die Bombenanschläge auf die Landgerichte in Dresden und Freiberg sowie auf den Bahnhof in Heistvedt verübt zu haben. Einer der Verhafteten hat bereits ein Geständnis abgelegt, an dem Bombenattentaten beteiligt zu sein. Die Pläne zu den Anschlägen sind von einem Verschwörerkomitee ausgearbeitet worden, welches seine Beratungen in Charlottenburg abzuhalten pflegte. Die fünf Verdächtigen sind Berliner.

Karls Probefahrt nach Budapest.

Der Erzlarer ohne jeden Rückhalt.
Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet: Am Donnerstag nachmittag erschien König Karl unerwartet in Budapest und suchte den Reichsverweser Nikolaus u. Horthy auf. Nach kurzer Besprechung hat der König auf Wunsch des Reichsverwesers und der in Budapest weilenden Parteiführer und Regierungsmitglieder die Hauptstadt verlassen. Die ungarische Regierung hat die Verfügungen getroffen, damit die Rückkehr des Königs Karl nach einem neutralen Staat ermöglicht werde. In der Hauptstadt und dem Lande herrscht vollständige Ruhe.
Der frühere König war, wie weiter gemeldet wird, Sonnabendabend in Steinamanger eingetroffen und beim dortigen Bischof abgesetzt. Ministerpräsident Graf Teleky wurde nach Steinamanger gerufen. Obwohl er wie Oberst Bethar haben dem früheren König von der Durchführung seiner Absichten abgeraten. Trotzdem fuhr der König am Sonntag im Kraftwagen nach Budapest. Der Reichsverweser von Horthy veranlaßte nach einer Besprechung den König zur Abreise in die Schweiz. Der König fuhr mit dem Ministerpräsidenten am Sonntagabend von Budapest ab, entschloß sich aber, im Lande zu bleiben, und soll sich gegenwärtig in Steinamanger befinden. Der französische Vertreter in Budapest hat formell bekanntgegeben, daß die Alliierten sich der Rückkehr des Königs auf den ungarischen Thron widersetzen. Es sind einige Verhaftungen vorgenommen worden. Die Regierung der Republik Österreich hat alle Vorkehrungen getroffen, um die Auswirkung dieser Vorgänge auf Österreich zu verhindern.

Das weltungarische Steinamanger, wo sich Erzlarer Karl aufhält, ist der Sitz der Division des ungarischen Obersten Döbbs, wo 1500 Mann ungarische Truppen untergebracht sind. Die österreichische Regierung hat energische Maßnahmen getroffen, um den Grenzschutz in Nord-Osterreich und Steiermark zu verstärken. Nach einer Version soll Erzlarer Karl auf der Bahnfahrt nach Budapest in Wien übernachtet haben. Es wurde eine strenge Untersuchung über diesen Vorfall eingeleitet. In den nächsten Tagen ist auch ein diplomatischer Schritt der Nachfolgestaaten zu erwarten, um die Budapest-Regierung zu veranlassen, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß Erzlarer Karl den ungarischen Boden sofort verläßt.

Der Präsident beruft sich auf Frankreich.
Dem Thron-Telegraphenbüro wird aus Budapest gemeldet, daß Erzlarer Karl schon wiederholt nach Ungarn zurückkehren wollte. Auerst habe er es im Februar mit Hilfe eines falschen Passes versucht, und nunmehr sei es ihm mit Hilfe der Führer der Budapest-Partei gelungen, des vormaligen Ministers des Innern Benich, des Vizepräsidenten des Parlaments Semcsanyi und des Abgeordneten Basony gelungen, nach Budapest zu kommen. Dem Reichsverweser Horthy erklärte Karl, er komme mit Genehmigung der französischen Regierung. Horthy's Erwidrigung beim französischen Botschafter ergab aber, daß diese Behauptung nicht richtig war. Es wurde im Gegenteil erklärt, daß die Entente, sollte der Versuch gemacht werden, einen Habsburger auf den Thron zu bringen, das als feindlichen Akt betrachten würde. Erzlarer Karl wollte sich trotzdem nicht überzeugen lassen, daß er nicht sofort den Thron bestiegen könne, und es bedurfte der größten Kunst ihn zur Abreise zu bewegen. Unterwegs unterbrach er die Reise und erklärte, daß er das Land nicht lebend verlassen werde, wobei er sich wieder auf die an-

!
maer
werten
Sachsen
B.)
tel
porte
dt:
Anschluß
Art.
vortüger
Lage,
achtvor
können.
g.
ng
men.
meister,
für Stangere
Meister
Umgebung
uer Tageblatt.
ner
enheu
a. S. S.,
ndktid
er 2. 1948